Ostdeutsche Bau-Zeitung-Breslau
vereinigt mit
Deutsche Baugewerbe-Zeitung-Leipzig

29. Jahrgang | Breslau, den 28. Mai 1931. | Nummer 22

Berliner Siedlungsbauten.

Berlin-Siemensstadt.
Großsiedlung.
Bauabschnitt: Prof. Bartning.
Phot. A. Köster, Berlin.

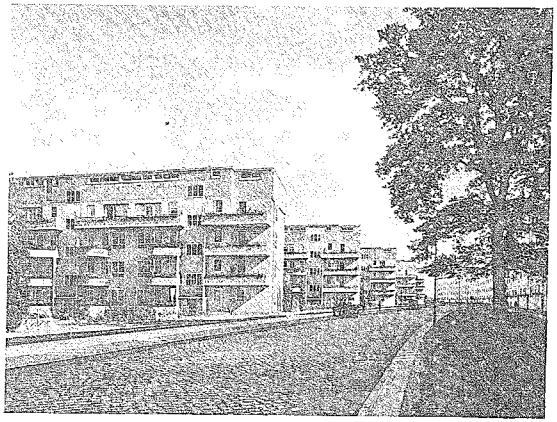
Die weitere Baumarktentwicklung in Deutschland.

Von Dr. Roland Schupp, München.

Wie kaum in einem Jahre zuvor steht gegenwärtig nicht nur im engeren Baugewerbe und Bauhandwerk, sondern auch in den gesamten Baumarkt-Lieferindustrien die Frage im Mittelpunkt des Interesses, welche Geschäftserwartungen an die weitere Baumarktentwicklung im Jahre 1931 geknüpft werden können. Im Nachstehenden sei daher wieder einmal ein kurzer Überblick über den derzeitigen Stand der Bautätigkeit in Deutschland und die daraus resultierenden Geschäftsaussichten für die gesamte Bauwirtschaft gegeben:

Trotz der vorgerückten Jahreszeit läßt der Baumarktbeschäftigungsstand in Deutschland in diesem Jahre zu Mitte Mai noch immer eine stärkere Belebung vermissen. Untersucht man die Gründe für diese unbefriedigende Baumarktgestaltung, so zeigt sich, daß das Hauptheminnis die beim Reich, den Ländern, den Gemeinden und die auch in der Privatwirtschaft herrschende Finanznot bildet. Wie aus den Arbeitsmarktberichten der letzten Wochen hervorgeht, hält sich die Arbeitslosigkeit nicht nur im engeren Baugewerbe und Bauhandwerk, sondern auch in den meisten für das Baufach tätigen Lieferindustrien im Vergleich zu den Vorjahren noch immer auf Rekordhöhe. Wo man hinschaut, liest man auf allen Gesichtern die bange Frage, was weiter werden soll, denn so, wie die Dinge gegenwärtig liegen, kann es nach Ansicht der Geschäftswelt nicht mehr lange weitergehen. Aber gerade darum, weil die Zeiten in geschäftlicher Hinsicht überaus schlecht sind, und weil bei gewissenhafter Abwägung aller für eine Beurteilung der weiteren Zukunft wichtigen Wirtschaftsfaktoren nicht damit zu rechnen ist, daß so rasch ein die Lage erleichternder Konjunkturumschwung eintritt, ist es doppelt wichtig, den Tatsachen voll ins Auge zu schauen und den Mut nicht sinken zu lassen.

Auf dem Gebiete des Wohnungsbaues treten die einer breiteren Entfaltung der Bautätigkeit entgegenstehenden Hemmungen gegenwärtig ganz besonders deutlich in Erscheinung. Während das erste Quartal durch die Fertigstellungsarbeiten an den aus dem Vorjahr übernommenen Bauten des Wohnungsbauprogramms 1930 noch im Zeichen einer zwar nicht gerade günstigen, aber immerhin noch leidlich zufriedenstellenden Geschäftstätigkeit stand, hat der Eingang von Neubauaufträgen und die Inangriffnahme neuer Bauvorhaben mit dem eigentlichen Beginn der Bausaison 1931 nur eine völlig unbefriedigende Entwicklung genommen. In schroffem Gegensatz zu der im Reich nach wie vor vorhandenen großen Baulust ist die Zahl der tatsächlich begonnenen Wohnhausneubauten in allen Bezirken sehr gering, da sich der Finanzierung der örtlichen Wohnungsbauprogramme infolge der empfindlichen Kürzung der öffentlichen Hauszinssteuermittel und der Beschränkung der sonstigen Kreditgewährungen überall unüberwindbare Schwierigkeiten in den Weg stellen. Durch die am 1. Dezember vorigen Jahres erlassene Reichsnotverordnung, die die Bereitstellung der um ein Viertel gekürzten Hauszinssteuermittel ausschließlich auf Kleinstwohnungen beschränkt, ist die Inangriffnahme größerer, d. h. mehrzimmeriger Wohnungen in diesem Jahre ganz empfindlich zusammengeschrumpft, da deren Finanzierung ohne die Inanspruchnahme von niedrig verzinslichen Hauszinssteuerhypotheken wirtschaftlich nicht durchführbar ist. Wie die Entwicklung der Wohnungsmarktverhältnisse in Deutschland in den letzten Monaten zeigt, hat das Mietzinsproblem infolge der durch die Arbeitslosigkeit außerordentlich verschlechterten Einkommensverhältnisse in den breiten Bevölkerungsschichten noch ganz erheblich an Bedeutung gewonnen, da namentlich in den Städten eine förmliche Flucht aus den teuren Großwohnungen in im Preis erschwingliche Mittel- und Kleinwohnungen stattgefunden hat. Baumarktfinanzierungstechnisch befindet sich Deutschland gegenwärtig in der eigenartigen Situation, daß bei den meisten Realkreditinstituten, darunter namentlich bei den Hypothekenbanken, zur Zeit eine ziemliche Geldflüssigkeit vorhanden ist, die jedoch nicht ausgenützt werden kann, da die Zins-



Berlin-Siemensstadt. Großsiedlung

Bauabschnitt: **Arch. Häring, Berlin.**
Phot. A. Köster, Berlin.

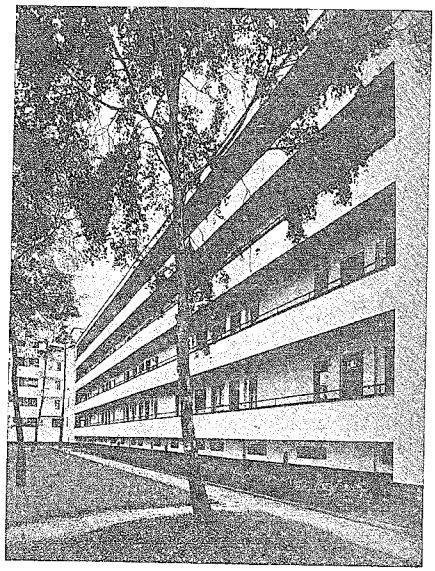
frage in dem schon vorerwähnten Sinne einer Zuführung dieser Mittel zum Wohnungsbau entgegensteht. Ein nicht unwesentliches Hindernis für das stärkere Ingangkommen der Wohnungsbautätigkeit bildet ferner der Umstand, daß zahlreiche Gemeinden infolge der in früheren Jahren gemachten Vorgriffe auf das Hauszinssteueraufkommen des Jahres 1931 für die laufende Bausaison an und für sich nur erheblich gekürzte Mittel bereitstellen können. Was zuletzt noch die übrigen für den Wohnungsbau wichtigen Finanzierungsquellen betrifft, so muß hier gesagt werden, daß die in früheren Jahren auf Seite der öffentlichen Versicherungsträger disponiblen Beleihungsgelder infolge der in den Staatskassen herrschenden Geldnot in diesem Jahre für den Wohnungsbaumarkt so gut wie ganz in Wegfall kommen, ebenso dürfte auch von Seite der privaten Versicherungsgesellschaften bei der derzeitigen schlechten Lage im Versicherungsgeschäft nur eine begrenzte Finanzierungshilfe zu erwarten sein. Vorsichtig bewertet, dürften die dem Wohnungsbaumarkt aus dieser Umorientierung der Kreditpolitik erwachsenden Ausfälle an Anlagekapitalien auf annähernd 1 Milliarde Reichsmark zu veranschlagen sein. In Effektivzahlen umgerechnet bedeutet das, daß gegenüber den in den Jahren 1929 und 1930 dem Wohnungsbau jeweils zugeführten 3,5 Milliarden Reichsmark in diesem Jahre für die Erstellung von Wohnungsneubauten nur ein Gesamtbetrag von rund 2,5 Milliarden RM. zur Verfügung steht.

Keineswegs besser liegen auch die Geschäftsverhältnisse und Geschäftsaussichten auf dem Gebiete der öffentlichen Bautätigkeit. Um die beim Reich und bei den Ländern im Staatshaushalt vorhandene Unterbilanz auszugleichen, sind bekanntlich bei den letzten Etatverabschiedungen die Mittelanforderungen für öffentliche Bauten ganz außerordentlich stark zusammengestrichen worden. Ähnlich liegen auch die Verhältnisse bei den Gemeinden, sowie bei der Reichsbahn und bei der Reichspost, denn auch hier zwingt die finanzielle Not allerorts zu weitgehenden Auftragseinschränkungen. Recht enttäuschend hat sich in diesem Zusammenhang insbesondere das im vorigen Herbst in großer Aufmachung angekündigte Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahngesellschaft ausgewirkt, da dasselbe eine kaum nennenswerte Milderung der in den letzten Monaten herrschenden großen Baumarktnot brachte.

Recht mißlich steht es nicht zuletzt auch um den dritten Bauzweig, der nicht nur für das engere Baufach, sondern auch für zahlreiche Hilfsindustrien von Wichtigkeit ist, nämlich um den gewerblichen und industriellen Baumarkt. Gestaltete sich die Bautätigkeit auf diesem Gebiete schon im Laufe der letzten Monate alles andere eher als verheißungsvoll, so gehört wohl keine große Prophetenkunst zu der Feststellung, daß im Hinblick auf die auf der deutschen Wirtschaft noch immer lastende schwere Depression nicht so rasch mit einer die Lage erleichternden Auftragsbelebung gerechnet werden kann. Bei dem zur Zeit übergroßen Angebot an leerstehendem gewerblichen und industriellen Raum dürften vorerst nur wenig Firmen Lust verspüren, sich auf kostspielige Neubauten einzulassen.

Welche gewaltigen geschäftlichen Einbußen die deutsche Bauwirtschaft aus der vorstehend skizzierten Drosselung der öffentlichen, sowie der gewerblichen und industriellen Bautätigkeit erleidet, geht am deutlichsten daraus hervor, daß der Auftragsausfall auf diesen Gebieten ebenfalls rund 1 Milliarde RM. ausmachen wird. Während hier in den letzten zwei Jahren jährlich rund 5,5 Milliarden RM. verbaut worden, ist unter den gegenwärtigen schweren Wirtschaftsverhältnissen nur mit einem Investitionsbetrag von rund 4,5 Milliarden RM. zu rechnen.

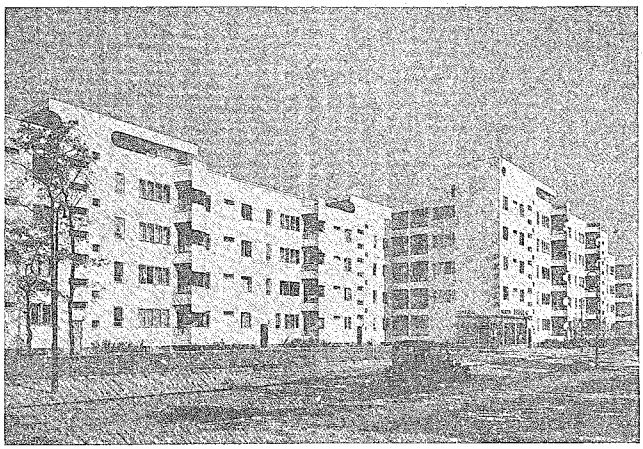
Wie sich aus dieser nüchternen Betrachtung der Baumarktlage und -aussichten in Deutschland im Jahre 1931 ergibt, besteht für die deutsche Bauwirtschaft und alle einschlägigen Lieferindustrien keinerlei Anlaß, sich allzu optimistischen Zukunftshoffnungen hinzugeben. Es ist klar, daß die im Vorstehenden zahlenmäßig belegte Schmälerung der Finanzierungsbasis des diesjährigen Bauprogramms nicht nur das engere Baugewerbe und Bauhandwerk, sondern auch die gesamten Hilfsindustrien wirtschaftlich vor eine schwere Situation stellt, denn die Hoffnungen auf eine durchgreifende Erleichterung der Lage sind unter den augenblicklichen Verhältnissen nur gering. Zur Begründung dieser Ansicht darf darauf hingewiesen werden, daß vor allem in geldmarkttechnischer Beziehung so rasch keine Entspannung der Marktlage erwartet werden kann. Selbst den Fall angenommen, daß in der zweiten Jahreshälfte 1931 in Deutschland wieder ein Konjunkturaufschwung eintritt, so dürfte die Bauwirtschaft hiervon zunächst



Berlin-Siemensstadt. Großsiedlung.

Bauabschnitt: **Prof. Gropius.**
Phot. A. Köster, Berlin.

Berliner Siedlungsbauten.



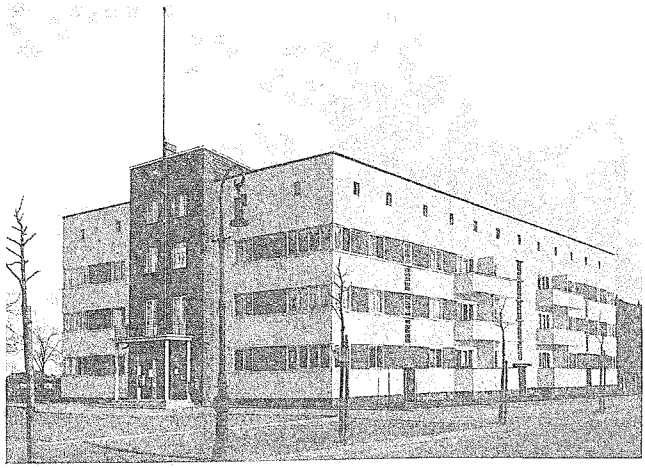
Berlin-Siemensstadt. Großsiedlung.

Bauabschnitt: **Prof. Scharoun, Arch.**
Phot. A. Koster, Berlin.

nur wenig profitieren, denn der für eine durchgreifende Belebung der Bautätigkeit erforderliche gewaltige Kapitalbetrag könnte unter den gegebenen Umständen nicht so ohne weiteres flüssig gemacht werden, zumal die Beschaffung von Auslandskapital für Bauzwecke, die schon in den Vorjahren guten Geschäftsganges auf Schwierigkeiten stieß, zunächst auf lange Sicht hinaus verschlossen ist. Besonders im Hinblick darauf, daß das Zins- und Baukostenproblem infolge der aus der Zwangswirtschaft resultierenden Hemmungen unter den gegenwärtigen Verhältnissen keiner befriedigenden Lösung zugeführt werden kann, müssen die Aussichten für einen bald einsetzenden Tendenzumschwung auf dem Baumarkt sehr skeptisch beurteilt werden. Produktionspolitisch ist es daher notwendig, daß sich die gesamte Bauwirtschaft einschließlich aller in Frage kommenden Lieferindustrien in ihren weiteren Geschäftsdispositionen von vornherein darauf einstellt, daß nach Lage der Dinge mit einer noch längeren Fortdauer der derzeitigen Baumarktkrise gerechnet werden muß. So schwer aber auch die Zeiten sind, die Bauwirtschaft darf darüber den Mut nicht sinken lassen, denn schon ein altes Sprichwort sagt, daß in der Welt nur dem geholfen wird, der sich selbst hilft.

Wirtschaftsgesundung durch Bauförderung.

„Eine Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist ohne Belebung der Bauindustrie nicht möglich." Unter diesem leitenden Gedanken hatten die Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M.—Hanau, die Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden, und die Arbeitsgemeinschaft Frankfurter Wirtschaftsverbände zu einer gemeinsamen Tagung auf den 20. Mai nach Frankfurt a. M. eingeladen, zu der nahezu 1000 Teilnehmer aus allen Kreisen der Wirtschaft, neben zahlreichen Vertretern der Behörden usw., erschienen waren. Diese außerordentlich rege Beteiligung läßt darauf schließen, daß die Erkenntnis der Schlüsselbedeutung der Bauwirtschaft innerhalb der Gesamtwirtschaft im Wachsen ist und



Berlin-Wittenau. Wohnblock (Front- u. Seitenansicht)

Arch. Alfred Gerschel, Berlin.
Phot. A. Koster, Berlin.

daß sich die verantwortlichen Wirtschaftsführer in zunehmendem Maße verpflichtet fühlen, daraus praktische Folgerungen zu ziehen. Als erster Redner zeigte Prof. Dr. Trumpler „Die Bedeutung des Baugewerbes für Wirtschaft und Arbeitsmarkt" auf. Die Ursache der besonders schweren deutschen Not liegt darin, daß der privaten Wirtschaft durch die Ueberlastung mit Steuern und sozialen Aufwendungen die Rentabilitätbasis entzogen worden ist. Unter der steuerlichen Ueberlastung hat der städtische Grundbesitz besonders schwer zu leiden. Die Hauszinssteuer hat hier schwere Wertzerstörungen angerichtet. Um das Baugewerbe in Gang zu setzen, muß die Freiheit der Bauwirtschaft so bald wie möglich wiederhergestellt werden. Die für den Wohnungsbau verfügbaren Mittel müssen zu gleichen Bedingungen der Privatwirtschaft zur Verfügung stehen. Durch die öffentliche Bewirtschaftung der Mittel sind große Fehler gemacht worden. Man hat namentlich in der ersten Zeit zu große und zu teure Wohnungen gebaut, man hat unnötige Zwischenorganisationen geschaffen und kostspielige Experimente mit neuen Baumethoden gemacht.

Die neue Bauordnung, die schwere Eingriffe in bestehende Eigentums- und Vermögensverhältnisse darstellt, die Baumöglichkeiten beschränkt und das Bauen erschwert, ist in Kraft gesetzt worden, ohne daß den gesetzlichen Vertretungen der Wirtschaft die Möglichkeit zu mündlichen Verhandlungen gewährt wurde. — Wenn auch im Wohnungsneubau eine gewisse Beschränkung erforderlich ist, so erweist sich als desto brennender das Problem der leerstehenden Altwohnungen. In diesen steckt ein großer Teil unseres Volksvermögens, und es ist ein unerträgliches Unrecht, wenn der Hausbesitzer, der durch die Hauszinssteuer gezwungen ist, die Mittel für die Neubauwohnungen herzugeben, zusehen muß, wie sein eigenes Haus verfällt. Daher müssen die Hauszinssteuermittel auch zum Umbau von Großwohnungen und zur Instandsetzung von Altwohnungen zur Verfügung gestellt werden.

Für die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge sind weitere Mittel, nötigenfalls auch durch Auslandsanleihen, zu beschaffen. Voraussetzungen für die Aufnahme von Auslandsanleihen sind aber neben dem Vertrauen in die Stabilität unserer politischen Zustände die Sicherheit, daß keine kapitalfeindlichen Maßnahmen getroffen werden, sowie die Wiederherstellung der Rentabilität der Privatwirtschaft durch Erleichterung der steuerlichen und sozialen Lasten. Der unproduktive Aufwand in Wirtschaft und Verwaltung muß zu Gunsten der produktiven Verwendung auf das äußerste eingeschränkt werden.

Hierauf erörterte Dipl.-Ing. Ernst Hiller, Architekt BDA.: „Wege und Möglichkeiten zur Förderung der Bauwirtschaft." Er machte u. a. neue und originelle Vorschläge sowohl für die technischen Lösungen der Großwohnungsteilung wie auch für die Finanzierungsformen.

Ueber „Voraussetzungen und Forderungen einer freien Bauwirtschaft" sprach Verbandsdirektor Otto Spithaler. Er wies u. a. auf die unzweckmäßige Anwendung der V.O.B. (Verdingungsordnung für Bauleistungen) hin, ferner auf die immer noch, namentlich von Kommunalverwaltungen zum Schaden der privaten Wirtschaft geübte Reglerarbeit, die noch dazu häufig teurer ist. Der Vortragende betonte des weiteren die besonders günstigen Möglichkeiten zur Beschäftigung von Arbeitslosen im Straßenbau. Die generelle Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden würde im Baugewerbe zu praktisch unmöglichen Verhältnissen führen. Die Bestimmungen über die finanzielle Beihilfe aus der Erwerbslosenfürsorge (Grundförderung) seien in mehrfacher Hinsicht abänderungsbedürftig, so hinsichtlich des Begriffes der Produktivität, der erweitert werden müsse, hinsichtlich der zwangsweisen Ueberweisung der Arbeiter, des Belegschaftswechsels nach jeweils 13 Wochen, des Verbots der Verwendung von Maschinen und Facharbeitern usw.

Nach diesen mit großem Beifall aufgenommenen Vorträgen nahm die Versammlung folgende Entschließung an:

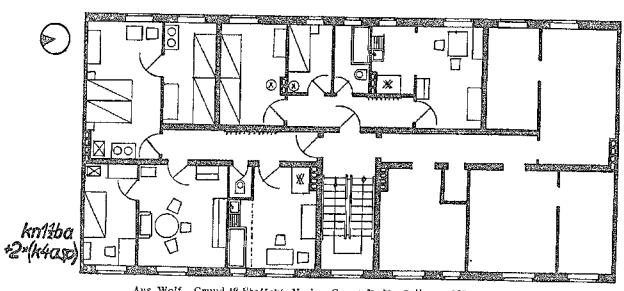
Entschließung!

Die von der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M.—Hanau, der Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden, Geschäftsstelle Frankfurt a. M., und der Arbeitsgemeinschaft Frankfurter Wirtschaftsverbände einberufene, außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung richtet an alle Stellen, Behörden und Private, die mit der Vergebung von Bauaufträgen zu tun haben, das dringende Ersuchen, die Bautätigkeit zu fördern, um der großen Arbeitslosigkeit zu steuern und die darniederliegende Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Um eine stetige Entwicklung zu ermöglichen, sind von den Behörden mehrjährige Bauprogramme aufzustellen, so für Wohnungsbauten, darunter besonders auch für Reparaturen und Aufteilungen von Altgebäuden, für Kanal-, Eisenbahn- und Meliorationsbauten, namentlich aber auch für Neubau, Ausbau und Instandsetzung von Straßen. Die erforderlichen Kapitalien müssen notfalls unter Heranziehung von Auslandsanleihen beschafft werden. Um der Privatwirtschaft wieder die Beteiligung zu ermöglichen, muß die Freiheit der Bauwirtschaft so bald wie möglich wieder hergestellt werden. Die baupolizeilichen Bestimmungen müssen erleichtert, der Instanzenweg vereinfacht, das Genehmigungsverfahren beschleunigt und die Gebühren herabgesetzt werden. Unnötige Zwischenorganisationen müssen beseitigt werden. Dagegen sollen die vorhandenen bewährten Geldinstitute bei der Verteilung der öffentlichen Gelder herangezogen werden. Die Hauszinssteuer, insoweit sie nicht der Bauwirtschaft wieder zufließt, muß beschleunigt abgebaut werden. Soweit die Mittel aus der Hauszinssteuer Bauzwecken dienen, müssen sie in gleicher Weise wie für den Neubau auch zum Umbau und zur Erhaltung von Altwohnungen Verwendung finden. Vor allem müssen Steuern und soziale Lasten erleichtert werden, damit die Privatwirtschaft wieder rentabel und eine innere Kapitalbildung ermöglicht wird, die allein eine Gesundung unserer Wirtschaft herbeiführen kann.

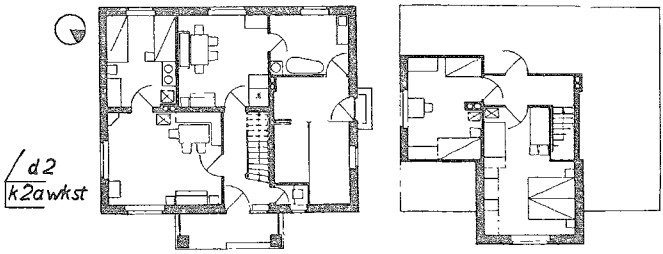
Die Grundriß-Staffel.

Eine Sammlung von Kleinwohnungsgrundrissen der Nachkriegszeit mit einem Vorschlag folgerichtiger Ordnung und Kurzbezeichnung von Prof. Gustav Wolf. Verlag Georg D. W. Callwey-München, 1931. Kart. 8,50 RM., Pappband 10 RM.

Wer sich gewissenhaft mit Kleinwohnungsbau beschäftigt, wird erkannt haben, daß es sich letzten Endes in der Fülle der geplanten und gebauten Grundrisse immer mehr gewisse Typen heraus-



Aus Wolf „Grundriß-Staffel", Verlag Georg D. W. Callwey, München.
Mittelwohnung: Küche mit Kochnische, 1 Zimmer, Kammer, Bad mit Abort. 2 Seitenwohnungen mit je 4 Zimmern, Küche, Abort, Spüle.



Aus Wolf „Grundriß Staffel", Verlag Georg D. W. Callwey, München.
Erdgeschoß: Küche, 2 Zimmer, Abort, Waschküche, Stall. Dachgeschoß: 2 Zimmer.

gebildet haben. Manche Reiberei hat sich schon daraus ergeben, daß für den einen oder anderen Grundriß von dem oder jenem Verfasser eine Art Urheberrecht in Anspruch genommen wird. Man sollte wie Fenster und Türen auch Grundrisse einfach normen und als allgemeingültig hergeben. Viel unnötige Arbeit bliebe erspart, die für die beste Gesamtdurcharbeitung frei würde. Einen Weg dazu bildet das vorliegende Buch, in dem zum ersten Male von der kleinsten bis zur größeren Grundrißform 290 Beispiele in einheitlichem Maßstab staffelförmig angeordnet sind.

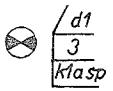
Die hier beigegebenen Abbildungen veranschaulichen Art und Größe der Darstellung. Neu ist auch die Zeichenabkürzung, die klar und übersichtlich den wirtschaftlichen Gebrauchswert der Wohnung oder des Hauses nach Bauform, Zimmerzahl, Ausstattung der Nebenräume angibt. Maße sind der Uebersichtlichkeit wegen nicht eingeschrieben, da aber die Grundrisse etwa 1:200 dargestellt sind, leicht abzuquoten; außerdem geben die eingezeichneten Möbel einen Anhalt. Die beigegebene Windrose deutet an, in welcher Lage zu den Himmelsrichtungen der Grundriß brauchbar ist. Statt der Nordlinie ist ein Nordsektor gezeichnet.

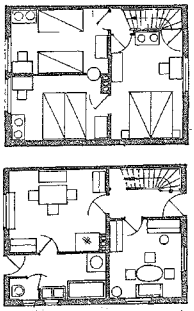
Wo aus verschiedenen Ueberlegungen heraus nicht eindeutig eine Festlegung erforderlich ist und ein Tausch zulässig erscheint, zeigt die Windrose zwei schwarze Sektoren, in deren einen die Nordrichtung nach Bedarf festzulegen wäre.

Wie der Verfasser in dem Textteil, der grundsätzliche Fragen erörtert, selbst schreibt, sollen die Grundrisse nicht einfach als Vorlage dienen, sondern die Möglichkeit geben, zu sehen, was bisher schon im Rahmen der jeweiligen Raumprogramme geschaffen worden ist.

Das ist der große Wert dieses Buches, an dem niemand mehr vorbeigehen kann, der sich praktisch mit Kleinwohnungsbau beschäftigt.

Kurt Langer, BDA.





Aus Wolf „Grundriß-Staffel", Verlag Georg D. W. Callwey, München.
Erdgeschoß: Küche, 1 Zimmer, Abort und Spüle.
Obergeschoß: 3 Zimmer. Dachgeschoß: 1 Zimmer.

Neue Wohnungen in alten Häusern.

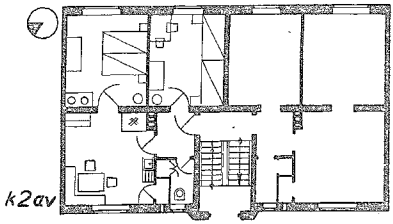
Wenn man jetzt durch die Straßen der Stadt geht und in allen Etagen der Häuser mancher Straßen weithin sichtbare Schilder in großer Zahl sieht: „Wohnung zu vermieten", so kann man glauben, die Wohnungsnot wäre nun in Deutschland zu Ende.

Das Gedränge auf den Wohnungsämtern und der Zulauf überall dort, wo kleine Neubauwohnungen vergeben werden, belehrt jedoch, daß die Wohnungsnot, bezw. der Wohnungsmangel heut noch so groß ist, als in den vergangenen Jahren, als die Wohnungsnot noch eine wichtige öffentliche Angelegenheit war.

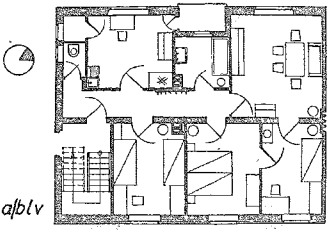
Warum haben wir zur Zeit noch dieselbe Wohnungsnot, trotz des seit 1916 wirksamen Geburtenrückganges?

Die Anwärter auf Wohnungen setzen sich heut zusammen aus ehem. Inhabern großer Wohnungen (6—9 Zimmer), die infolge allgemeiner wirtschaftlicher Not nicht mehr in der Lage sind, ihre bisherigen großen Wohnungen zu halten, den neu Vermählten und den bisherigen Insassen der Elendswohnungen (unzulänglichen Keller-, Dach- und Notwohnungen, die aus gesundheitlichen Gründen in gesündere Wohnungen gebracht werden müssen, und bei den Wohnungsämtern und Siedlungsgesellschaften vordringlich behandelt werden).

Alle diese Anwärter sind Reflektanten auf die mittlere (3—4-Zimmer) oder kleine (1—2-Zimmer-)Wohnungen. Hieraus ergibt sich die Tatsache, daß wir heut in Deutschland der Zahl nach vielleicht keinen erheblichen Wohnungsmangel haben, daß große, sowie einräumige schlechte Wohnungen leer stehen, daß es aber an gesun-



Zweispänner: Küche, 2 Zimmer, Abort, Vorratskammer.



Aus Wolf „Grundriß-Staffel", Verlag Georg D. W. Callwey, München.
Küche, 4 Zimmer, Bad und Abort getrennt, Laube, Vorratskammer.

den Mittel- und besonders an kleinen Wohnungen fehlt. Indem zur Zeit die kultivierten Bevölkerungsschichten sozial absinken und die ärmsten Schichten aus gesundheitlichen Gründen aus den lebensgefährlichen Elendsquartieren gehoben werden müssen (Ersparnisse in der öffentlichen Gesundheits- und Kriminalfürsorge), findet eine starke Nivellierung des allgemeinen deutschen Wohnbedarfs statt.

Aus dieser Entwicklung ergibt sich die wichtige Frage, wird dieses Mißverhältnis zwischen Größe und Form der nachgefragten und der vorhandenen Wohnungen ein vorübergehender Zustand sein, oder werden wir dauernd damit rechnen müssen?

Das Letztere ist mit größter Wahrscheinlichkeit zutreffend, und zwar aus folgenden Gründen: Ueber die Notwendigkeit, die Elendsquartiere der Stadt in Zukunft aus dem Wohnungsangebot auszuschalten, braucht kein Wort mehr gesagt werden, dieses Ziel bildet den Hauptantrieb für unsere gesamte nachkriegliche öffentliche Wohnungspolitik, und wird so lange eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit bleiben, so lange Volksgesundheit das wertvollste Nationalvermögen bildet.

Bei den heut in großer Zahl leerstehenden Großwohnungen liegt die Sache nicht so einfach, hier wäre es denkbar, daß die Nachfrage nach diesen Wohnungen nach Ueberwindung der derzeitigen Wirtschaftskrise wieder lebhafter wird, es ist aber aus anderen Gründen sehr unwahrscheinlich. Die großen Wohnungen, um die es sich hier handelt, sind Erzeugnisse einer Zeit, in der Luxus und Repräsentationsbedürfnis nach dem Maßstab einer parvenühaften Lebensauffassung gestaltend wirkte. Das unter derartigen Gesichtspunkten Geschaffene hat für unsere heutige in jeder Beziehung gesündere Lebensauffassung keinen Wert mehr, das trifft für alle Dinge unseres Lebensbedarfs zu, deswegen ist die Repräsentationswohnung aus der Gründerzeit mit ihrer kalten „Pracht", ihren meist schlecht belichteten Wohnräumen (Berliner Zimmer), ihren unzulänglichen Wirtschaftsräumen, in keiner Beziehung mehr für den modernen Kulturmenschen, falls es ihm wirtschaftlich wieder besser gehen sollte, brauchbar. Seine Wohnung wird in Zukunft immer klein bleiben, dafür aber sorgfältigste Ausstattung mit modernen Wohnbequemlichkeiten und viel Luft- und Lichtmöglichkeit haben. Hiernach steht es fest, daß die Großwohnung der Vorkriegszeit infolge des allgemeinen Kulturfortschritts als solche wertlos geworden ist, und daß man sich über ihre zukünftige Weiterverwendung ernsthafte Gedanken machen muß.

Ihre völlige Ausschaltung aus dem Markt ist schon deshalb nicht möglich, weil sie zusammen mit dem Grund und Boden einen wertvollen Teil unseres Volksvermögens darstellen, den wir jetzt und in Zukunft nicht entbehren können, ebenso ist ein völliger Abbruch dieser Wohnviertel und Ersatz durch Neubauwohnungen aus Mangel an Mitteln zur Zeit unmöglich.

Als einzig vernünftiger Weg bleibt deshalb nur die Teilung dieser großen Wohnungen in kleinere übrig.

Es wird also ein Weg gefunden werden müssen, auf welche zweckmäßige Weise dies geschehen kann. Die private Initiative wird es allein eben so wenig schaffen wie beim Wohnungsneubau, da es an Baukapital im heutigen Hausbesitz fehlt, ebenso wird es nicht möglich sein, die notwendigen Mittel unter normalen Umständen auf dem Kapitalmarkt zu beschaffen, da die hier anfallenden Zinsen zusammen mit der Verzinsung der alten Belastung die neu entstehenden Wohnungen so stark verteuern würde, daß sie unvermietbar würden. Es wird also nur mit Zuschüssen, ähnlich der Hauszinssteuer zu machen sein, selbstverständlich müßte für die unter solchen Umständen geteilten Wohnungen ebenso wie bei den Neubauten, die Hauszinssteuer wegfallen.

Ich schlage deshalb folgenden Weg vor:

Es wird ein Gesetz geschaffen, wonach für Wohnungsteilungen unter ähnlichen Umständen als die Hauszinssteuer-Hypothek für Neubau-Wohnungen eine niedrig verzinsbare, abzahlbare Hypothek gegeben wird, falls der Antragsteller sich zur Herstellung gesundheitlicher, einwandfreier Teilungswohnungen nicht über drei Zimmer verpflichtet. Zur Erlangung von Ideen für die Umgestaltung der Wohnungen veranstaltet die Stadt, oder eine andere Stelle einen öffentlichen Wettbewerb unter den Baukünstlern des jeweiligen Wirtschaftsbezirks, dem als Unterlagen einige typische Altgrundrisse zu Grunde gelegt werden. Die baupolizeiliche Genehmigung für eine Wohnungsteilung wird nur erteilt, wenn alle neu entstehenden Wohnungen Sonnenlicht, Kanalanschluß und besonderen Zugang erhalten.

Auf diese Weise wird es möglich sein, eine große Anzahl brauchbare Mittel- und Kleinwohnungen in den gesündesten Gegenden der alten Stadt, mit geringeren Mitteln als die Neubauwohnungen erfordern, zu errichten. Vielleicht wird es möglich sein, daß der Bund deutscher Architekten mit seiner schlesischen Bezirksgruppe, die Vorarbeiten hierzu aufnimmt.

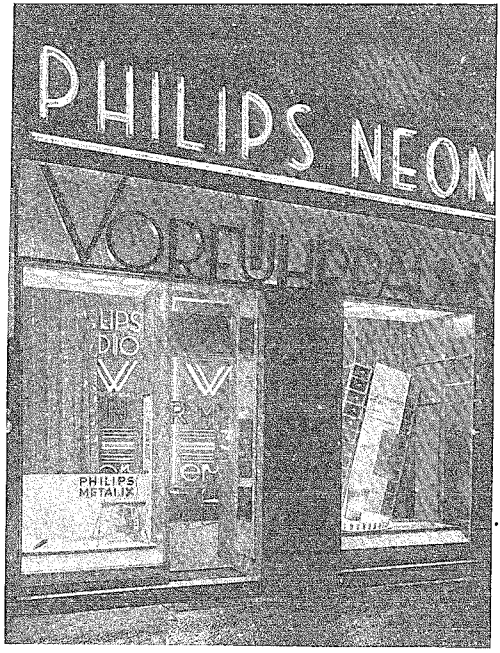
Für den in Frage kommenden Althausbesitz ist die Verwirklichung dieser Idee eine Lebensfrage.

Emil Lange, Architekt BDA.

*

Jahrestagung der Freien Deutschen Akademie des Städtebaues. Die diesjährige Jahrestagung der Akademie des Städtebaues findet in Berlin am Sonntag, dem 31. Mai d. J., nachm. 4½ Uhr, statt. Als Verhandlungsthema ist gewählt: „Die Zukunft des deutschen Städtebaues." Es werden sprechen: Herr Prof. Dr. Schäfer, Dresden, über die „Bevölkerungsgrundlagen des deutschen Städtebaues". Prof. Dr. Brueck, Münster, über „die volks- und weltwirtschaftliche Lage" und Herr Architekt Häring, Berlin, über „das Formproblem" (mit Lichtbildern). Außerdem wird Herr Prof. Scuberlich aus Kiew über die neuen Stadtplanungen der russischen Republik in der Ukraine berichten. Ein Besuch der Städtebauausstellung ist für den 1. Juni in Aussicht genommen. Einladungen können von der Geschäftsstelle: Berlin SW 11, Hallesche Str. 4. I. Fernsprecher: Bergmann 9293 bezogen werden.

*



Berlin. Vorführraum der Deutschen Philips G. m. b. H., Potsdamer Straße 38. **Arch. Dipl.-Ing. Adolf Iram.**

Philips Neon-Vorführraum.

Vor kurzem wurde zahlreichen Vertretern der Tages- und Fachpresse der von der Deutschen Philips G. m. b. H. in Berlin, Potsdamer Straße 38, geschaffene neue Neon- und Leuchten-Vorführraum zum ersten Male gezeigt. In vorbildlicher und neuartiger Weise wird allen Interessenten die Möglichkeit gegeben, in diesem Raum die verschiedenen Röhren-Typen in bezug auf Leuchtfarben, Stromstärke und andere technische Einzelheiten zu vergleichen.

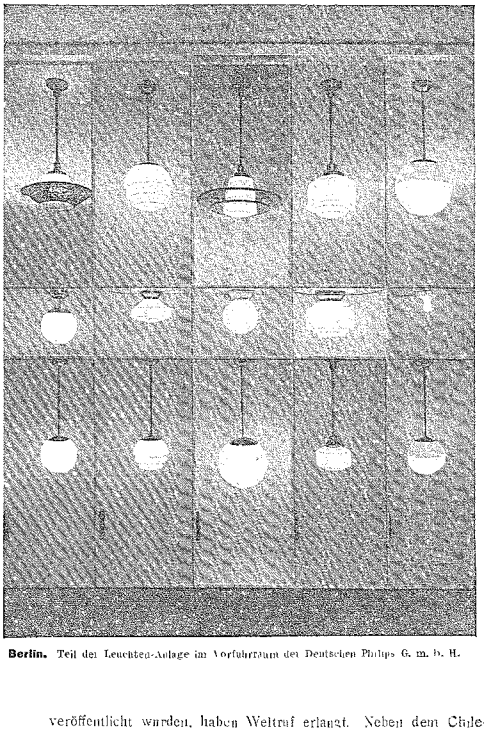
Gegenüber dem Eingang befindet sich die Fläche, die der Neon-Abteilung gewidmet ist. Farben vom intensiven alles überstrahlenden Rot über das Blau bis zum milden und doch festlichen Gelb zeigen die Vielfältigkeit der Neon-Technik. Buchstaben der verschiedensten Schriftarten, Leuchtleisten, Zahlen und Firmenzeichen sieht der Besucher.

Die beiden Seitenwände werden von je 15 halbrunden Nischen gebildet, die aus Spertholz geiertigt und in hellgranem Schleiflack gehalten sind, um einen neutralen Rahmen zu schaffen, in dem die Philips-Leuchten aufgehängt sind: reine Kugelleuchten mit diffuser oder halbindirekter Leuchtwirkung, Spezialleuchten für hohe und niedrige Werkräume, Spiegelleuchten u. a. Kurz gesagt: ein großer Ausschnitt des noch größeren Philips-Programms auf diesem Gebiet wird allen Interessenten in geschickter Weise zugänglich gemacht.

Es ist anzunehmen, daß der Vorführraum, der namentlich die Verwendung von Neon-Röhren, dem Zukunftsmittel der Leuchtreklame, in noch nie gesehener umfassender Art zeigt, das Ziel vieler Besucher werden wird.

Ein besonderes Lob muß dem Architekten, Dipl.-Ing. Adolf Iram, gespendet werden, der es ermöglicht hat, in dem immerhin beschränkten Raum eine solche Fülle von Material in übersichtlicher Weise unterzubringen. Der Haupteindruck geht von den verschiedenen Farben der Neon-Röhren und dem Licht der Kugelleuchten aus. In 65 cm Höhe läuft durch den Raum ein Sockelschrank, der, in leuchtendem Rot gehalten, eine warme, farbige Note in den Raum bringt im Verein mit einem silbernen Gesims, das sich längs der Decke hinzieht.

Sehenswert ist auch die mustergültige Installation der Neon-Anlagen, die durch eine sinnreiche Einrichtung jedem Besucher gezeigt werden kann.



Berlin. Teil der Leuchten-Anlage im Vorführraum der Deutschen Philips G. m. b. H.

Architekt WDA. Fritz Höger.

In diesem Monat begeht der bekannte Hamburger Baukünstler, Architekt WDA. Fritz Höger, die 25. Wiederkehr des Beginnes seiner selbständigen Tätigkeit als freischaffender Architekt.

Högers Eltern waren kleine Handwerksleute in Beckenreihe, Krs. Steinburg. Nach Besuch der einfachen Dorfschule erlernte er das Zimmerhandwerk und anschließend und nebenher auch das Maurer-, Tischler- und Schmiedehandwerk.

Im Jahre 1899 bestand er die Meisterprüfung an der Baugewerkschule, deren Besuch in den Wintersemestern er sich in den Sommersemestern als Zimmerpolier zusammensparte. Während des Krieges war Höger zu Spezialaufgaben bei der Pionier- und Eisenbahntruppe verwendet, legte nachträglich das Einjährigenexamen ab und wurde bald zum Offizier befördert.

Seit Kriegsende nimmt Höger nächtigen Anteil am Wiederaufbau Deutschlands. In schlimmster Inflationszeit schuf er sein Chilehaus in Hamburg. Höger ist der deutsche Meister des Klinkerbaues. Er übertrug die bäuerliche Bauweise auf die Geschäftshäuser der Großstadt, im Gegensatz zu anderen, die Großstadt-Parvenütum aufs Land hinaustragen. Seine Bauten zeigen Einfachheit und erhabene Schönheit. Er ist derjenige, der als erster, abgesehen vom Material, den Eklektizismus ablegte, und der alles attrappenhafte und fassadenhafte verpönte, der sofort bei den frühesten Bauten seiner Selbständigkeit körperliches Bauen ansetzte und von vorneherein nur durch Größe der Auffassung, Unerschrockenheit und ungeschminkte Wiederkehr aus ein und derselben schönen Einheit zeigte: der Rhythmus ist durch ihn wieder aufgekommen und damit auch die Wahrhaftigkeit.

Viele seiner Bauten, die zum großen Teil in unserer Zeitung s. Z. veröffentlicht wurden, haben Weltruf erlangt. Neben dem Chilehaus, welches dem Ansehen Deutschlands im Ausland viel genützt hat, steht das Zeitungshochhaus des Hannoverschen Anzeigers, welches mit der gewaltigen Kuppel seines Planetariums zum Wahrzeichen Hannovers geworden ist, steht der Sprinkenhof in Hamburg, das Haus Neuerburg, das Rathaus in Rustringen, stehen Kirchen, Schulen, Krankenhäuser, Friedhofskapellen, Fabriken, Siedlungen, Geschäftshäuser, Verwaltungsgebäude. Ein großer Teil der Bauten der Mönckebergstraße Hamburgs ist sein Werk. Im Bau befinden sich die Baulichkeiten des Konsumvereins in Leipzig, die evangelische Kirche am Hohenzollernplatz in Berlin, das Verwaltungsgebäude des I. G. Farbenindustrie-Stickstoffsyndikats in Berlin, ein neues Krankenhaus in Danzig-Oliva und andere mehr. Fritz Höger ist korrespondierendes Mitglied verschiedener ausländischer Fachgesellschaften und Akademien. Er ist Vorstandsmitglied des Deutschen Werkbundes und in diesem Jahr hat ihn die Wirtschaftliche Vereinigung Deutscher Architekten (WDA.) zu ihrem Präsidenten gewählt.

Schulwesen.

Technische Hochschule Breslau. An der Technischen Hochschule, Fakultät für Bauwesen, promovierte der Dipl.-Ing. Josef Bronner zum Dr.-Ing. mit der Arbeit: „Zur Entwicklung der Dachstühle auf Breslauer Kirchen und Monumentalbauten."

Technische Hochschule Danzig. Zum Rektor der Technischen Hochschule Danzig ist für das neue Studienjahr der Ordinarius für Kunstgeschichte und Architektur, Prof. Dr. Fritz Krischen, gewählt worden. Prof. Krischen ist 1881 in Köln geboren und wandte sich nach dem Besuch eines Berliner Gymnasiums an der Technischen Hochschule Charlottenburg dem Architekturstudium zu. An den

Bauindex.		Baustoffindex.	
29. 12. 30	= 154,5	30. 12. 30	= 134,1
14. 1. 31	= 153,2	14. 1. 31	= 131,7
28. 1. 31	= 152,4	28. 1. 31	= 130,4
11. 2. 31	= 152,4	11. 2. 31	= 130,1
25. 2. 31	= 152,2	25. 2. 31	= 130,2
11. 3. 31	= 149,9	11. 3. 31	= 127,9
25. 3. 31	= 149,6	25. 3. 31	= 127,7
8. 4. 31	= 147,6	8. 4. 31	= 126,0
22. 4. 31	= 142,3	22. 4. 31	= 125,5
13. 5. 31	= 142,1	13. 5. 31	= 125,1

Universitäten Berlin und Greifswald studierte er anschließend Archäologie und folgte kurz nach seiner Promotion im Jahre 1911 einem Ruf als Professor an die Technische Hochschule Aachen. An der Technischen Hochschule Danzig wirkt er seit 1924.

Fortbildung stellenloser Bautechniker. Der von der Zweigstelle Oberschlesien des Landesarbeitsamtes eingerichtete Fortbildungskursus für stellenlose Techniker, unter Leitung von Ingenieur Dr.-Ing. Münter, Gleiwitz, ist beendet worden. Der Kursus bezweckte, Technikern aus dem Baugewerbe Gelegenheit zu geben, ihre während der langen Zeit der Erwerbslosigkeit vergessenen Kenntnisse wieder aufzufrischen und zu erweitern. Im Laufe von neun Wochen wurde Statik, Festigkeitslehre, Eisenbeton- und Holzbau eingehend behandelt.

Verordnungen.

RdErl. d. MiV. v. 4. 5. 1931, betr. Baupolizeigebühren bei Bauvorhaben, welche auf Grund der Beamtensiedlungsverordnung vom 11. 2. 1924, des Reichsheimstättengesetzes vom 10. 5. 1920 und des Reichssiedlungsgesetzes vom 11. 8. 1919 in Verbindung mit Art. 2 Ziff. 4. 5 und 6 des Flüchtlingssiedlungsgesetzes vom 7. 6. 1923 ausgeführt werden — II 2810/15. 4. In meinem RdErl. II 8. 1492/27 vom 1. 3. 1928 ist dargelegt worden, daß und weshalb die polizeiliche Prüfung und Genehmigung eines Bauvorhabens im Falle des § 11 der Beamtensiedlungsverordnung vom 11. 2. 1924 sowie auch in den Fällen des § 36 des Reichsheimstättengesetzes vom 10. 5. 1920 und des § 29 des Reichssiedlungsgesetzes in Verbindung mit Art. II Ziff. 4, 5 und 6 des Flüchtlingssiedlungsgesetzes vom 7. 6. 1924 gebührenfrei zu erfolgen haben. Da zu den Aufgaben der Baupolizei auch die örtliche Beaufsichtigung sowie die Rohbau- und Gebrauchsabnahme gehören, diese aber in dem eingangs erwähnten Erlaß nicht aufgeführt worden sind, sind Zweifel darüber entstanden, ob diese Amtstätigkeit gleichfalls in den oben angegebenen Fällen gebührenfrei sei. Ich trage keine Bedenken, diese Frage zu bejahen. Denn nach § 29 Abs. 1 des Reichssiedlungsgesetzes vom 11. 8. 1919 in Verbindung mit Art. II Ziff. 4. 5 und 6 des Flüchtlingssiedlungsgesetzes vom 7. 6. und nach § 36 des Reichsheimstättengesetzes vom 10. 8. 1920 sind alle Geschäfte und Verhandlungen, die zur Durchführung eines Bauvorhabens im Sinne dieser Gesetze dienen, gebührenfrei. Mithin sind als hierhin gehörig auch die baupolizeiliche Beaufsichtigung des Baues sowie die Rohbau- und Gebrauchsabnahme zu bezeichnen. Das gleiche gilt aus den in meinem eingangs erwähnten Erlaß dargelegten Gründen für Bauvorhaben auf Grund der Beamtensiedlungsverordnung. Sind jedoch mit diesen Geschäften für die Baupolizeibehörde Barauslagen verbunden, weil sich beispielsweise die Heranziehung eines besonderen Bausachverständigen als notwendig erweist, so sind solche vom Bauherrn, nicht von den örtlichen Polizeikassen zu tragen. I. V.: Scheidt.

An sämtliche Herren Regierungspräsidenten.

RdErl. d. MiV. v. 6. 5. 1931, betr. Ausführung von Bauwerken aus Beton im Moor, in Moorwässern und im Meerwasser — II 6201/21. 4. Der Deutsche Ausschuß für Eisenbeton (Moorausschuß) hat auf Grund vorausgegangener Versuche „Richtlinien für die Ausführung von Bauwerken aus Beton im Moor, Moorwässern" und „Richtlinien für die Ausführung von Bauten im Meerwasser" herausgegeben. Ich ersuche, die nachgeordneten Stellen, insbesondere die Baupolizeibehörden, in deren Bezirk Betonbauten im Moor, Moorwässern oder im Meerwasser ausgeführt werden, auf die Richtlinien in geeigneter Weise aufmerksam zu machen. Die Richtlinien sind im Verlage von Wilhelm Ernst & Sohn in Berlin W 8, Wilhelmstraße 90, zum Preise von 40 bzw. 20 Pfg. je Stück zu beziehen. I. V.: Scheidt.

An sämtliche Herren Regierungspräsidenten.

Wettbewerb.

Zagreb Jugoslawien. In dem internationalen Wettbewerb um ein Krankenhaus erhielten drei erste Preise die Architekten Dipl.-Ing. Stein und Zorn, Altona-Hamburg, Gustav Paul, Prag und E. Weißmann, Zagreb. Fünf zweite Preise wurden zuerkannt den Architekten BDA. Tiefmann und Haake, Düsseldorf, Architekt Benno Schachner, München, Gustav Schöler, Wien, Heinz Lipp, Zürich, und S. Loboda und L. Dobsoschirska, Warschau.

Verschiedenes.

Berufsbezeichnung Baumeister und Befugnis zur Lehrlingsanleitung. Bei dem in voriger Nummer unter vorstehender Spitzmarke veröffentlichten Artikel ist ein sinnentstellender Satzfehler enthalten. Der Satz beginnend in Zeile 11 des Bescheides des Reichsverbandes Deutscher Bauinnungen muß richtig wie folgt lauten: Der § 133 legt fest, wer den Meistertitel führen darf, und sein Abs. 2 bestimmt, daß die Führung des Meistertitels in Verbindung mit einer anderen Bezeichnung, die auf eine Tätigkeit im Baugewerbe hinweist, durch den Bundesrat geregelt werden soll.

Gemeinnützigkeit von Wohnungsunternehmen. Die „Volkswohlfahrt" das Amtsblatt des Preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt, Verlag Carl Heymann, Berlin W 8, enthält als Beilage zu Nr. 10 vom 15. Mai 1931 die „Bestimmungen über die Gemeinnützigkeit von Wohnungsunternehmen."

Die Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen ist nach vierjährigem Bestehen aufgelöst worden. An ihrer Stelle ist eine „Stiftung zur Förderung von Bauforschungen" gebildet worden, zu deren Vorstand Ministerialrat Dr. Schmidt und Oberregierungsrat W. Meier vom Reichsarbeitsministerium bestellt wurden.

Auszeichnung Leipziger Architekten. Bei dem anschließend an den 12. Internationalen Architektenkongreß Budapest 1930 veranstalteten Wettbewerb sind u. a. auch die Leipziger Architekten Georg Wünschmann und Curt Schiemichen für die von ihnen ausgestellten Pläne und Entwürfe mit der höchsten Anerkennung ausgezeichnet worden.

Ausschreibung der Stadtbauratsstelle in Hindenburg OS. Die Angelegenheit der Ausschreibung der Stadtbauratsstelle, die trotz einiger von der Stadtverordnetenversammlung herbeigeführten Beschlüsse bisher nicht erfolgen konnte, steht nunmehr vor der Verwirklichung. Die Ausschreibung ist schon in den nächsten Tagen zu erwarten und erfolgt nach dem Besoldungsgesetz für Stadträte.

Bücherschau.

Das Abfallen von Wandplatten. Von Regierungsbaumeister Lauser. Preis 1,30 RM. Verlag der Fachzeitung „Baumarkt", Leipzig C 1. Die Ursachen des Abfallens von glasierten Wandplatten hat Regierungsbaumeister Lauser bereits in früheren Jahren untersucht. Zur Ergänzung der ersten Schrift „Ursachen des Abfallens von Wandplatten" veröffentlichte Verfasser jetzt neuere Untersuchungen in einer Broschüre „Das Abfallen von Wandplatten". Sie hatten die physikalischen Eigenschaften der Platten, besonders ihre Wärmeausdehnung, Festigkeit, Gefüge und Wasseraufnahme, ferner die chemischen Vorgänge beim Abbindeprozeß von Mörteln sowie ihre Haft- und Scherfestigkeit zum Gegenstand. Wenn in der Praxis zu beurteilen ist, was die Ursache des Abfallens von keramischen Wandplatten ist, wird die Schrift des bekannten Sachverständigen wertvolle Dienste leisten können. d.

Reichsheimstätten in Obernigk 1930. Von Gartenarchitekt Max Schemmel, Obernigk. Preis 1 RM. Zu beziehen von dem Verfasser.

Die vorliegende Denkschrift berichtet auf 11 Seiten mit verschiedenen Abbildungen und Grundrissen über die Tätigkeit der Bau-, Spar- und Bodenbetriebsgenossenschaft Obernigk.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Allen Zusendungen an die Schriftleitung bitten wir Rückporto beizufügen.

Inhalt: Berliner Siedlungsbauten (nur Abbildungen). — Die weitere Baumarktentwicklung in Deutschland. — Wirtschaftsgesundung durch Bauförderung. — Die Grundrißstaffel (mit Abbildungen). — Neue Wohnungen in alten Häusern. — Philips Neon-Vorführraum (mit Abbildungen). — Architekt WDA. Fritz Höger. — Schulwesen. — Index. — Verordnungen. — Wettbewerb. — Verschiedenes. — Bücherschau.

Schriftleitung für den fachlichen Teil: Architekt BDA. Kurt Langer in Breslau und Baumeister Paul Sorembe in Leipzig; für den übrigen Teil: Walter Strutz in Breslau. — Verlag: Paul Steinke in Breslau und Leipzig.